

## A-04-2010: Interview Anette Kramme

### JobCenter-Verhandlungen: Wortbruch der CSU?

Interview mit der SPD-Bezirksvorsitzenden von Oberfranken, der Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit & Soziales, Anette Kramme, zu den Kürzungsplänen der Regierung, der JobCenter-Reform und zur Lage der Arbeitsmarktpolitik.



**Die SPD geißelt die Sparvorschläge der Regierung als sozial unausgewogen. An welchen drei Beispielen kannst Du das verdeutlichen?**

Das Sparpaket ist in der Tat ein Paket mit sozialer Schieflage. Es fehlt die soziale Balance. Die Wirtschaft wird geschont, Arbeit und Arbeitnehmer werden belastet. Arbeitslose und Familien sind die wahren Verlierer. Allen voran wird es die aktive Arbeitsmarktpolitik treffen. Hier sollen Pflicht- in Ermessensleistungen umgewandelt werden. Die Intention ist klar: Die Vermittler sollen entsprechende Anträge in hohem Maße ablehnen. Gleichzeitig sollen die Eingliederungsmittel pauschal eingefroren werden. Die Rechnung der Regierung ist aber falsch: wer wegen fehlender

Unterstützung nicht in den Job zurückfindet, ist weiter arbeitslos und von Transferzahlungen abhängig. Geplant ist weiterhin, die Ausgleichszahlungen für Erwerbslose beim Übergang vom Arbeitslosengeld I zum Arbeitslosengeld II zu streichen. Auch wer Jahrzehnte in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, wird nach kurzer Zeit genauso gestellt, als hätte er nie eingezahlt. Diese Maßnahme entwertet Lebensleistung. Wer wie die FDP immer wieder behauptet, Arbeit müsse sich lohnen, der darf nicht eine solche Politik betreiben, der entlarvt sich selbst als unglaubwürdig.

Im Zuge der Wohngeldreform 2009 wurde der staatliche Zuschuss auf unsere Initiative hin um einen Heizkostenzuschuss erweitert. Das Streichen trifft besonders Rentner und Geringverdiener, die bislang noch nicht durch den Zuschuss mit Arbeitslosengeld II aufstocken müssen. Damit zeigt sich das wahre Gesicht der schwarz- gelben Sparorgie.

Und die Streichung des Elterngeldes für Arbeitslosengeld II-Empfänger trifft gerade die Familien, die ohnehin am wenigsten haben. Das ist sozial ungerecht und höchst bedenklich.

**Was würde die SPD anders machen als die von Dir als „Unsozialministerin“ titulierte Frau von der Leyen, würde sie regieren?**

Statt Kürzungen im Sozialbereich hätte es Einnahmeverbesserungen im Finanzsektor, bei der Vermögenssteuer und bei der Erbschaftssteuer geben müssen. Wir brauchen einen fairen Lastenausgleich, der Schluss macht mit Günstlingswirtschaft und Privilegien für die oberen Zehntausend. Die Finanzbranchen und die Vermögenden müssen zur Bewältigung der Lasten der Krise nicht nur auf dem Papier herangezogen werden. Unsere Vorschläge dafür liegen auf dem Tisch: Finanztransaktionssteuer, Rücknahme der Steuersenkungen für Hoteliers und Gutbetuchte, Vermögensbesteuerung und ein höherer Spitzensteuersatz.

Und: Schon ein flächendeckender Mindestlohn von 7,50 Euro würde den Staatshaushalt um 1,5 Milliarden Euro entlasten, weil Dumpinglöhne nicht mehr aus Steuermitteln aufgestockt werden müssten.

**Neues Thema. Für eine grundgesetzkonforme Reform der JobCenter, die Arbeitslose auch künftig aus einer Hand betreuen sollen, brauchte die Koalition die Opposition. Die SPD setzte sich daraufhin bei den Verhandlungen mit der Koalition an einigen entscheidenden Punkten durch. Wo ist die sozialdemokratische Handschrift besonders erkennbar?**

Die Vereinbarungen bieten die Gewähr, dass die Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose erfolgreich weitergeführt werden kann. Das neue Job-Center ist künftig der Regelfall zur Betreuung von Arbeitssuchenden. Damit konnte die von Schwarz-Gelb ursprünglich angestrebte getrennte

## A-04-2010: Interview Anette Kramme

Aufgabenwahrnehmung zum Wohle der Arbeitsuchenden verhindert werden. Die bestehenden Optionskommunen werden gesichert und können ihre Arbeit fortsetzen.

Es ist der SPD gelungen, in den Verhandlungen die Aufhebung der von den Regierungsfractionen verhängten Sperre von 900 Millionen Euro in der Arbeitsmarktpolitik sowie die Entfristung von 3.200 befristeten Stellen in den JobCentern durchzusetzen. Wir konnten verhindern, dass die Arbeitsmarktpolitik zum Steinbruch für die Finanzierung der Klientelgeschenke der Koalition wird. Und gegen den Widerstand von Schwarz-Gelb konnten wir uns mit unserer Forderung nach einem verbindlichen Personalschlüssel durchsetzen. Ein ausreichendes Betreuungsverhältnis von Vermittlerinnen und Vermittlern zu Arbeitssuchenden ist ein wesentlicher Punkt, um in der Praxis Langzeitarbeitslose besser auf ihrem Weg zurück in Arbeit zu unterstützen.

### **Was darf man denn genau unter diesem typisch deutschen Schlimm-Begriff „Optionskommune“ verstehen?**

In bisher 69 Kommunen sind für die Bezieher des Arbeitslosengeldes II nicht die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen gemeinsam zuständig, sondern ausschließlich Städte oder Landkreise. Hier spricht man von Optionskommunen.

### **Wie sieht die Situation in Bayern aus? Wird es viele Kommunen geben, welche die Arbeitsagentur außen vor lassen?**

Deutschlandweit kann es nur 41 neue Optionskommunen geben. Es gibt also keine allgemeine Wahlfreiheit für die Kommunen. Es gibt wohl auch in Bayern einige Kommunen, die gerne optieren würden. Eine konkrete Zahl ist aber noch nicht bekannt. Im Gesetz und in einer Verordnung werden die Zulassungskriterien geregelt, welche optionswillige Kommunen erfüllen müssen. Die neuen Optionskommunen sind verpflichtet, mindestens 90 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit zu übernehmen. Um im Falle der Option eine breite demokratische Legitimation zu gewährleisten, bedarf es für eine Antragstellung einer 2/3-Mehrheit im Kommunalparlament.

### **Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung sind die Ausgaben für das Arbeitslosengeld und die aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesagentur für Arbeit in den kommenden Jahren nicht gedeckt. Was also tun?**

Dass gespart werden muss, steht wohl außer Zweifel. Die entscheidende Frage ist aber, wo man spart. Arbeitsmarktpolitik ist auch Bildungspolitik. Wer hier den Rotstift ansetzt, der handelt gerade bei der derzeitigen Krise auf dem Arbeitsmarkt schlichtweg unverantwortlich.

Eine Arbeitsmarktpolitik nach Kassenlage können wir uns nicht erlauben – doch gerade das hat die Bundesregierung vor. Pflichtleistungen sollen in Ermessensleistungen umgewandelt werden. Betreffen könnte das z.B. die Berufsausbildungsbeihilfe, den Gründungszuschuss, den nachträglichen Erwerb eines Hauptschulabschlusses für Arbeitnehmer, die Transferleistungen (Transferkurzarbeitergeld und Transfermaßnahmen), die Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer, das Saisonkurzarbeitergeld, die Vermittlungsgutscheine, usw.

### **Demnächst steht die Überprüfung der Rente mit 67 auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages. Sind denn die arbeitsmarktpolitischen Bedingungen für eine Anhebung des Renteneintrittsalters gegeben?**

Ergebnisse hierzu gibt es noch nicht. Nichtsdestotrotz wird die SPD beim Bundesparteitag im September einen Beschluss fassen, wie wir mit der Anhebung der Regelaltersgrenze umgehen werden. Die SPD-Bundestagsfraktion wird diesen Prozess begleiten, indem wir z. B. die Bundesregierung auffordern, die Kriterien offen zu legen, nach denen sie zu bewerten hat, ob die Anhebung der Regelaltersgrenze unter Berücksichtigung der Arbeitsmarktsituation und der sozialen Lage älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertretbar ist – genau auf diese 'Überprüfungsklausel' hatte sich die Große Koalition ja auch verständigt gehabt.